



SEITE 2
Schwarz-Gelbe Gipfelmanie
Minister mit Drohnenproblem

SEITE 3
Steuerbetrug vermeiden!



SEITE 4 / 5
Im Interview: Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

SEITE 6
Betriebsrätekonferenz
Sozialgipfel



SEITE 7
Moderne Mitbestimmung
2. Chance auf Ausbildung

SEITE 8
Marktwächter einführen!

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 4/2013

Gute Schulen statt leere Versprechen

Die Kanzlerin redet, die SPD-Fraktion handelt – mit konkreten Vorschlägen fürs Gemeinwohl.

Vier Jahre Stillstand und 100 Milliarden Euro neue Schulden – das ist die Bilanz von Angela Merkels schwarz-gelber Bundesregierung.

Kurz vor der Wahl will die Kanzlerin diese Bilanz nochmal aufpolieren und hat den Bürgerinnen und Bürgern Maßnahmen in Milliardenhöhe versprochen. Erhöhung des Kindergeldes, Einführung der Mütterrente und Investitionen in Infrastruktur: Nach Berechnungen der SPD-Fraktion kosten die Vorschläge der Kanzlerin 45 Milliarden Euro – und das ohne einen Cent Gegenfinanzierung. Damit ist klar: Angela Merkel hat nicht vor, ihre Versprechen einzuhalten. In diesem Fall würde die CDU-Chefin sogar ihren Wahlbetrug von 2009 toppen. Damals haben Merkel und Westerwelle Steuersenkungen von 24 Milliarden Euro versprochen. Sie sind niemals gekommen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ist sich sicher: „Darauf werden die Wähler nicht zweimal hereinfallen.“

SPD: Gute Schulen

Die SPD-Fraktion setzt dagegen auf eine Politik für das Gemeinwohl statt auf leere Versprechen. Was Familien und Alleinerziehende brauchen, ist ein flächendeckendes Betreuungsangebot für ihre Kinder und ein Bildungssystem, das allen Kindern die gleichen Chancen ermöglicht.

Mit ihrem Masterplan „Gute Ganztagschule“ will die SPD-Bundestagsfraktion die Zahl der Ganztagschulen in Deutschland ausbauen. Bis 2020 soll ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden, so dass jedes Kind eine Ganztagschule besuchen kann. Acht Milliarden Euro soll der Bund dafür investieren. Damit der Bund die



Mit ihrem „Masterplan Ganztagschule“ will die SPD-Fraktion die Zahl der Ganztagschulen in Deutschland flächendeckend ausbauen.

Länder und Kommunen beim Ausbau von Ganztagschulen finanziell wieder unterstützen kann, will die SPD-Fraktion zudem das so genannte Kooperationsverbot abschaffen.

Ziel der Sozialdemokraten ist es, dass Aufstieg durch Bildung wieder möglich ist. Nicht der Geldbeutel, der Stadtteil oder die Herkunft der Eltern dürfen darüber entscheiden, welchen Schulabschluss ein Kind macht.

„Wir haben ein Ziel und wir sagen, wie es ohne neue Schulden geht“, macht Frank-Walter Steinmeier klar. Denn die Sozialdemokraten sagen im Gegensatz zur Kanzlerin klipp und klar, wie sie ihren Vorschlag finanzieren wollen: mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes. „Für den, der Investitionen in Bildung wirklich ernsthaft will, darf auch ein höherer Spitzensteuersatz kein Tabu

sein“, sagt Frank-Walter Steinmeier. Die Menschen im Land wüssten, dass es Bildung zum Nulltarif nicht gebe, dass sich Investitionen in Bildung aber am Ende auszahlen.

Bildung als Schlüssel

Der SPD-Fraktionschef ist sich sicher: „Bildung ist der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für

die Zukunft unserer Kinder und auch für unsere wirtschaftliche Stärke.“ Vor zehn Jahren hat die damalige rot-grüne Bundesregierung schon einmal ein Ganztagsschulprogramm aufgelegt und die Länder mit vier Milliarden Euro unterstützt. Das Ergebnis: Die Zahl der Ganztagschulen wurde verdreifacht. Daran will die SPD-Fraktion nun anknüpfen. ■

Tarifbindung nimmt ab

1996 arbeiteten in Westdeutschland 70 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, in denen ein Branchentarifvertrag galt. Im Jahr 2012 waren es nur noch 53 Prozent. In Ostdeutschland sank der entsprechende Anteil von 56 auf 36 Prozent. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Faire Tarife sind die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften für geringere Hürden bei Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen ein. ■

Achtung Schwarz-Gelb!

Vor einem Jahr haben Angela Merkel und Wolfgang Schäuble in einem gemeinsamen Beschluss mit SPD und Grünen den Weg frei gemacht für die Besteuerung der Finanzmärkte zusammen mit gleichgesinnten europäischen Staaten. Jetzt, nachdem wieder ein Jahr ins Land gegangen ist, pfeifen es in Berlin die Spatzen von den Dächern, dass die Regierung Merkel jeden Ehrgeiz zu einer raschen Einführung vermissen lässt. Sie verschiebt und verschleppt.

Wir meinen: Nichts neues bei Schwarz-Gelb. Viel Reden, wenig Handeln.

Angela Merkel hat Maßnahmen in Höhe von 45 Milliarden Euro versprochen. Einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung macht sie nicht. Laut Horst Seehofer werden die Versprechen die Sanierung des Bundeshaushalts aber nicht gefährden.

Wir meinen: Horst Seehofer hat vollkommen Recht. Denn leere Versprechen bedeuten keinerlei Gefahr für den Haushalt.

„Die Bundeskanzlerin hat volles Vertrauen in Minister de Maizière“, so ihr stellvertretender Regierungssprecher.

Wir meinen: Karl-Theodor zu Guttenberg, Franz-Josef Jung, Annette Schavan, Norbert Röttgen und Christain Wulff wissen, was das bedeutet. Thomas Oppermann twitterte unverzüglich: „Jetzt wird's eng für de Maizière.“



Die große Gipfelei

Insgesamt 45 Gipfel zu 17 Themen hat das Kabinett Merkel bis heute einberufen, an mehr als 30 nahm die Kanzlerin persönlich teil.

Aber weiß irgendjemand, was aus den „Ergebnissen“ geworden ist? Was kam denn nun dabei heraus? „Ihre Gipfel sind zahllos, aber immer ergebnislos“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter

Steinmeier. Vier Jahre lang habe sich Angela Merkel hinter der europäischen Krise versteckt und im eigenen Land den Stillstand verwaltet.

Klar ist: Diese Regierung hat außer Ankündigungs- und Verzögerungsrhetorik nichts zu bieten. Damit manipuliert sie die Bürgerinnen und Bürger, suggeriert Handeln. Sie täuscht die Medien

durch Inszenierungen und lähmt das Land durch eine Koalition, der Ämterpatronage, Klientelpolitik und Selbstbeschäftigung allemal wichtiger sind als die Zukunftsfähigkeit des Landes. Das ist alles eine einzige Gipfelei. Oder, um es mit Goethe zu sagen: Über allen Gipfeln ist Ruh. ■

Rücktritt!

Mehr als eine halbe Milliarde Euro Steuergelder hat der Bund in das Drohnenprojekt „Euro-Hawk“ investiert.

Mit dem Ergebnis, dass es keine flugfähige Drohne gibt und das Projekt eingestellt wurde. Der verantwortliche Verteidigungsminister Thomas de Maizière übt sich vor allem in Selbstverteidigung und ist nicht bereit, die Verantwortung für das Fiasko zu übernehmen. Im Gegenteil: Mit Erklärungen vor dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss hat der Minister versucht, die Verantwortung auf Unterbene abzuwälzen. Er behauptete, dass er selbst erst im Mai dieses Jahres von dem Scheitern des Projekts erfahren habe. Falsche Angaben, wie sich herausgestellt hat.

Erhebliche Mehrkosten

Denn fest steht: Sowohl durch mündliche Unterrichtungen als auch durch schriftliche Vorlagen ist der Minister über die Probleme informiert worden. Er war persönlich weit früher als behauptet im Bilde. Schon Anfang Dezember hat Thomas de Maizière entsprechende Vorlagen persönlich quittiert. „Tatsache ist, dass der Bundesrepublik während der Verzögerung



Rücktritt unausweichlich: Verteidigungsminister Thomas de Maizière.

erhebliche Mehrkosten entstanden sind“, sagt Frank-Walter Steinmeier. Unverantwortlich sei es zudem, dass der Minister sich weigere, für eigene Fehler selbst gerade zu stehen und stattdessen mit dem Finger auf Unterbene zeige. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist deshalb klar: Ein Rücktritt des Verteidigungsministers ist unausweichlich geworden. „Er handelt selbstgerecht und uneinsichtig. Er hat vor dem Parlament im Bemühen, sich reinzuwaschen, falsche Angaben gemacht“, sagt Frank-Walter Steinmeier. Da Herr de Maizière offensichtlich nicht freiwillig bereit ist, umfassend zur weiteren Aufklärung beizutragen, beantragt die SPD-Fraktion einen Untersuchungsausschuss. ■

Blauer Brief aus Brüssel

Politiker von Union und FDP treten in Europa gerne als Belehrer auf und weisen permanent andere EU-Mitgliedsstaaten zurecht.

Dabei machen sie selbst ihre Hausaufgaben nicht: Auch in diesem Jahr hat die EU-Kommission im Rahmen ihrer Länderspezifischen Empfehlungen in aller Deutlichkeit die Versäumnisse der Bundesregierung angemahnt. Unter anderem fordert die EU-Kommission von der Regierung, atypische Beschäftigungsverhältnisse in gute Arbeitsplätze umzuwandeln und mehr für die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unternehmen. In einer vom Wirtschaftsausschuss angeforderten Stellungnahme geht die Regierung nicht auf die Kritikpunkte ein.

„Die Bundesregierung ignoriert die Empfehlungen der Kommission und blendet die Kritik gegenüber dem Bundestag aus“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Wolfgang Tiefensee. Seine Forderung an Angela Merkel: Sie soll konkret benennen, was sie unternehmen will, um den Empfehlungen nachzukommen, anstatt nur mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen. ■

„Kampf gegen Steuerflucht ist Pflicht der Regierung“

Steuerhinterziehung und -vermeidung kosten den Staat Milliarden. Das Geld fehlt für Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

1.000 Milliarden Euro – das ist der Schaden, der jedes Jahr in der Europäischen Union durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung entsteht. Allein der deutsche Fiskus verliert so jährlich 180 Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt dem Staat für den Ausbau von Kinderbetreuung, der Verkehrsinfrastruktur oder bei der Arbeit in sozialen Brennpunkten.

Weltweit entziehen sich Firmen und Personen über Steuer- und Regulierungsschlupflöcher der Steuerpflicht ihrer Heimatländer. Sie bauen ihren Erfolg auf den Beschäftigten und die Infrastruktur der Heimatstaaten auf, aber Steuern zahlen sie in diesen Ländern nicht.

Bedrohung der Gesellschaft

„Das ist kein Randphänomen, das ist keine Bagatelle, und es ist auch kein Kavaliersdelikt“, sagt Peer Steinbrück. Im Gegenteil: „Das ist ein hochgiftiges Lösungsmittel, das den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufzulösen droht.“ Diese fehlerhaften Entwicklungen bekämpfen die Sozialdemokraten mit äußerstem Nachdruck. Für sie ist klar: Erst Steuergerechtigkeit und eine solidarische Finanzierung des Gemeinwens schaffen die Grundlage für einen



Peer Steinbrück: „Steuerflucht ist eine Gefahr für den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

handlungsfähigen Staat. Mit einem Antrag im Bundestag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, sich aktiv in die Arbeiten der OECD und der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von aggressiver Steuerplanung und Steueroasen einzubringen.

Regierung in der Pflicht

Sie sollte auf europäischer und internationaler Ebene für eine leistungsgerechte Besteuerung im Inland eintreten und die aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne nicht länger

als nationales „Geschäftsmodell“ akzeptieren. „Es ist die Pflicht dieser Regierung, den systematischen Steuerbetrug und die legale Steuervermeidung, insbesondere von Großkonzernen, mit aller Härte zu bekämpfen!“, macht Peer Steinbrück klar. Ziel der SPD-Initiative ist es, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern zu verbessern. Die Steuern könnten für alle niedriger und Investitionen in Bildung größer sein, sagt Peer Steinbrück. Vieles sei möglich, wenn man ehrgeizig und härter gegen Steuerhinterziehung vorgeht. ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

am Abend wird der Faule fleißig. Genau das erleben wir derzeit von der Bundesregierung. 45 Gipfel hat Schwarz-Gelb unter Frau Merkel veranstaltet. 45-mal wurde medienwirksam inszeniert, ohne am Ende echte Ergebnisse und Fortschritt zustande zu bringen. Der Politik ohne Inhalte wird nun im Wahljahr durch neue Versprechungen in Höhe von 40 Milliarden Euro die Krone aufgesetzt. Frau Merkel will teure Wahlgewinne verteilen, die in keinsten Weise gegenfinanziert sind. Das ist das Ende seriöser Politik. Was mich in den letzten Wochen am meisten empört hat war Frau Merkels Schwenk beim Thema Mieter. Die Mieten in Deutschland steigen rasant. Vor allem Großstädte, Universitätsstädte und Ballungsgebiete sind davon betroffen. Das haben wir seit geraumer Zeit erkannt und im Parlament Initiativen gestartet, die Mieterrechte stärken sollten. Doch Schwarz-Gelb hat Verbesserungen für Mieter im Bundestag blockiert. Und nicht nur das: Es ist keine zwei Monate her, da hat die Bundeskanzlerin ein Mietrechtsänderungsgesetz durch das Parlament gepeitscht, das gravierende Verschlechterungen für Mieter zur Folge hat. Ein paar Wochen später übernimmt Frau Merkel nun doch die SPD-Position und verspricht auch die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen. Dann wird sie schließlich von ihrer eigenen Partei wieder gebremst, weil die CDU keine bundeseinheitliche Preisbremse bei Wiedervermietung mittragen kann. So etwas habe ich selten erlebt. Diese Art der Politik verunsichert die Menschen und ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Ich wage zu bezweifeln, dass es unter dieser Bundesregierung noch anders kommen wird. ■

Mieten und Wohnen: dreist, dreister, Merkel!

Angela Merkel fällt offenbar nichts mehr ein. Auch beim Thema Mieten kopiert sie die Vorschläge der SPD-Fraktion und spricht sich plötzlich für eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen aus.

„Am Abend wird die Faule fleißig“, sagt dazu SPD-Fraktionsvize Florian Prox. Die SPD sei es zwar gewohnt, dass die Kanzlerin SPD-Positionen übernehme. „Aber jetzt eine Mietpreisbremse zu fordern, ist Volksverdummung“.

Denn die bisherige Politik von Angela Merkel war in Sachen Mieten und Wohnen bisher vor allem eines: mieterfeindlich. Erst am 1. Mai diesen Jahres ist die schwarz-gelbe Mietrechtsänderung in Kraft getreten. Schwarz-Gelb hat damit das Mietminderungsrecht beschnitten und Wohnungskündigungen für die Vermieter erleichtert. „Kom-

pliziert, streittrüchtig, ungerecht und teilweise überflüssig“, kommentierte der Deutsche Mieterbund.

„Lächerliches Manöver“

Zudem hat die Regierung Merkel die Investitionen in die Städtebauförderung massiv zusammengekürzt und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld gestrichen. „Und jetzt fabuliert sie öffentlich darüber, dass man mal den Mietwucher begrenzen müsste. Das ist eine blanke Lüge und ein lächerliches, ein erbärmliches Manöver“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Zur Erinnerung: Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anfang des Jahres eine Initiative von Peer Steinbrück aufgenommen und ein Paket für bezahlbare Mieten und bezahlbaren Wohnraum in den Bundestag eingebracht. Schwarz-

Gelb hat es abgelehnt. Die Vorschläge sehen vor, dass Mieten nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die vorherige Miete um höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei den Maklerkosten soll das Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ gelten. Das entspricht auch den Forderungen des Deutschen Mieterbundes. Wie unglaublich die Forderungen der Kanzlerin sind, hat sich im Bundestag gezeigt: Die SPD-Fraktion hat ihren Vorschlag zu einer Mietpreisbremse von Wohnungen erneut in den Bundestag eingebracht. Das Ergebnis: 215 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion stimmten erneut dagegen, 22 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung – darunter auch die Kanzlerin. ■



Will Freiheit und Sicherheit nicht gegeneinander ausspielen, sondern wieder miteinander in Einklang bringen: Thomas Oppermann.

»Frau Merkel macht immer nur das, wozu sie gerade gezwungen wird«

Die Mehrheit habe die Nase voll von Merkels schwarz-gelber Koalition, sagt Thomas Oppermann. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion spricht im Interview über die Bilanz von Schwarz-Gelb und erklärt, was sozialdemokratische Innenpolitik ausmacht.

Mit seinem Urteil zum Ehegattensplitting für homosexuelle Partnerschaften hat das Bundesverfassungsgericht erneut die Rechte von Homosexuellen in Deutschland gestärkt. Das Urteil ist von allen Seiten so erwartet worden. Warum hat die Regierung nicht schon im Vorfeld reagiert?

Merkels Koalition unterliegt einem Realitätsverlust. Die CDU diskriminiert Lebenspartnerschaften, die füreinander eintreten und Verantwortung übernehmen, nur weil sie das gleiche Geschlecht haben. Das verstößt nicht nur gegen unsere Verfassung, sondern zeigt auch: Merkels Koalition hat ein vormodernes Gesellschaftsbild.

„Merkels Koalition unterliegt einem Realitätsverlust“

Was sagt es generell über diese Regierung aus, wenn wichtige gesellschaftspolitische Fragen vom obersten Gericht entschieden werden müssen?

Diese Regierung ist eine Getriebene des Bundesverfassungsgerichts. Frau

Merkel macht immer nur das, wozu sie gerade gezwungen wird. Sie will immer noch nicht wahrhaben, dass die Zeit längst reif ist für eine vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehe. Die CDU verliert den Anschluss an die sich wandelnde Gesellschaft. Fortschrittliche Ansichten finden in der Union keine Mehrheiten. Frau Merkel beharrt doch nicht nur bei den Lebenspartnerschaften auf rückständigen Positionen.

Die Kanzlerin wehrt sich auch dagegen, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie ihre männlichen Kollegen. Und: Frau Merkel zementiert mit dem unsinnigen Betreuungsgeld familiäre Rollenbilder von vorgestern. Die Menschen spüren:

Gesellschaftliche Modernisierung schafft nur Rot-Grün.

„Wir wollen wieder für mehr Gerechtigkeit in Deutschland sorgen“

Die Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Eines ihrer Fachgebiete ist die Innen- und Rechtspolitik. Wie fällt auf diesem Feld ihre Bilanz der letzten Jahre aus?

Verheerend. Die beiden zuständigen Minister haben sich in einem nervtötenden Schaukampf gegenseitig blockiert. Innenminister Friedrich ging es dabei allein um sein konservatives Profil. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger glaubte, sich als letzte Bastion des Liberalismus in Stellung bringen zu müssen. Und die von Frau Merkel und Herrn Westerwelle angekündigte ‚geistig moralische Erneuerung‘ ist ebenfalls ausgeblieben. Stattdessen erleben wir weiterhin exzessive Bonuzahlungen für Vorstände bei gleichzeitiger Ausweitung des Niedriglohnssektors. Wir erleben millionenschwere Steuerhinterziehungen, geschummelte Doktorarbeiten und maßlose Verwandtenbegünstigung in der bayerischen Amigoaffäre.

Wir erleben eine Koalition, die reihenweise Entscheidungen des Verfassungsgerichts missachtet. Wir erleben einen Minister, der keine Verantwortung für die gigantische Verschwendung von Steuergeldern für nutzlose Rüstungsausgaben übernehmen will. Und wir haben eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag, die sich beharrlich weigert, die Abgeordnetenbestechung unter Strafe zu stellen. Das alles empfinden viele Menschen als ungerecht. Sie haben das Gefühl: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Die Mehrheit hat die Nase voll von Merkels schwarz-gelber Koalition. Wir wollen wieder für mehr Gerechtigkeit in Deutschland sorgen. Die Chancen für einen Wechsel sind groß.

„Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“

Gleichzeitig sonnt sich die Bundesregierung in guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen. Wenn Deutschland so schlecht regiert wird, warum geht es dem Land dann so gut?

Ja. Vielen in Deutschland geht es gut. Aber doch nicht wegen dieser Regierung, sondern trotz dieser Regierung. Frau Merkel und ihre Koalition waren zu keiner einzigen strukturellen Reform in der Lage. Es waren SPD und Grüne, die dieses Land reformiert haben. Unsere Reformen waren die Grundlage dafür, dass Deutschland bislang relativ gut durch die Krise gekommen ist. Dass wir über einen ausgeglichenen Haushalt überhaupt realistisch reden, ist Folge von SPD-Politik. Frau Merkel hat sich einfach an den gedeckten Tisch gesetzt und verfrühstückt

„Es waren SPD und Grüne, die dieses Land reformiert haben“

jetzt die Vorräte, ohne Neue anzulegen. Und: Deutschland geht es erst dann richtig gut, wenn alle, die Vollzeit arbeiten, davon auch ordentlich leben können. Deswegen finde ich es gut, dass Peer Steinbrück als eine seiner ersten Maßnahmen als Bundeskanzler die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro angekündigt hat.

Damit es den Menschen in einem Land gut geht, braucht es neben guter Arbeit auch eine vernünftige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie hier?

Es muss darum gehen, Freiheit und Sicherheit wieder miteinander in Einklang zu bringen. Von Union und FDP sind diese beiden Bereiche nur gegeneinander ausgespielt worden. Das darf

„Deutschland muss ein weltoffenes, tolerantes Land bleiben“

nicht sein. Extremismus und Gewalt müssen wir entschlossen bekämpfen. Da gilt: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit. Aber bei aller gebotenen Aufmerksamkeit und Konzentration auf Gefahren, die unserer Gesellschaft drohen, muss doch klar sein: Deutschland muss ein weltoffenes, liberales tolerantes Land bleiben. Ein Land, in dem die Menschen gerne leben, in dem wir unsere Gäste und auch die Einwanderer willkommen heißen und gut behandeln.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat hat in den letzten Jahren vor allem wegen der NSU-Mordserie gelitten. Wie konnte es zu einem solchen Versagen der Sicherheitsbehörden kommen?

Nicht nur der Staat, auch große Teile der Gesellschaft haben den Rechtsextremismus systematisch unterschätzt. Ich schäme mich noch heute dafür, dass wir den Mordopfern keinen Schutz bieten konnten. Es geht jetzt darum, die Konsequenzen aus dem Versagen bei den NSU-Morden zu ziehen und unsere Sicherheitsbehörden auszubauen, damit sich so etwas niemals wiederholt.

Kann das NPD-Verbotsverfahren die Antwort sein?

Ein NPD-Verbot nützt nur, wenn wir auch das zivilgesellschaftliche Engage-

ment gegen rechtes Denken stärker unterstützen. Wir dürfen allerdings die Gefährlichkeit der NPD-Ideologen und Rassisten nicht unterschätzen. Diese Partei nutzt alle Möglichkeiten, um mit organisiertem Rassismus gegen schutzlose Minderheiten in unserem Land vorzugehen. Unsere Demokratie mag stark genug sein, eine verfassungswidrige NPD auszuhalten. Ihre Opfer sind es nicht. Und: Ich finde es unerträglich, dass die NPD ihre menschenverachtende Ideologie auch noch auf Kosten der Steuerzahler in Deutschland verbreitet.

Was bedeutet es, dass sich die Bundesregierung nicht an dem Verbotungsverfahren beteiligt?

Alle Demokraten sollten eine klare Trennlinie ziehen zwischen freiheitlicher Demokratie und organisiertem Rassismus. Doch diese Bundesregierung bietet ein trauriges Bild: Frau Merkel und Herr Friedrich übernehmen keine eigene Verantwortung, sondern verstecken sich hinter dem Verbotantrag der Bundesländer. Statt – wie der Bundesrat – ein mutiges und entschlossenes Zeichen der Geschlossenheit zu setzen, zaudern und zögern Frau Merkel und Herr Friedrich.

Auch beim Thema Staatsbürgerschaftsrecht hinkt die schwarz-gelbe Bundesregierung nach Ansicht der Sozialdemokraten hinterher. Warum brauchen wir die doppelte Staatsbürgerschaft?

In den nächsten 15 Jahren werden fast eine halbe Million Menschen, die in Deutschland geboren sind, gezwungen, sich zu entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft behalten oder wieder abgeben. Wir wollen die jungen

Menschen aus dieser Zwangslage befreien. Wer in Deutschland geboren wird, der soll auch Deutscher sein dürfen, ohne sich gegen die Herkunft seiner Familie entscheiden zu müssen. Loyalitätskonflikte, die immer noch als Argument gegen doppelte Staatsbürgerschaften ins Feld geführt werden, sind einfach nicht mehr stichhaltig. Das ist eine Kategorie aus einer Epoche der Kriege zwischen Nationalstaaten und passt nicht mehr in unsere Zeit der Europäisierung und Globalisierung.

„Es ist unerträglich, dass die NPD ihre menschenverachtende Ideologie auf Kosten der Steuerzahler verbreitet“

In den kommenden Jahren wird Deutschland auf eine Zuwanderung von Fachkräften angewiesen sein. Ist das Land integrationspolitisch darauf vorbereitet?

Wir sehen Einwanderung längst als Chance. Mit Blick auf den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung müssen wir dringend alle Potenziale in Deutschland nutzen. Unternehmen müssen mehr ausbilden und mehr Arbeitsplätze für Ältere schaffen. Wir werden allerdings insgesamt auch von der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte profitieren. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Zur Person

Thomas Oppermann (59) ist seit 2007 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Zwischen 1990 und 2005 war der ehemalige Richter Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Von 1998 bis 2005 war er Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. ■



„Wir sehen Einwanderung längst als Chance“, sagt Thomas Oppermann.

Meldungen

Moderne Integrationspolitik

Gelungene Integration bedeutet Teilhabe für Jede und Jeden an unserer Gesellschaft, an Bildung und an Arbeit. Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt hier seit Jahren Augenwischerei – sie sitzt auf wirkungslosen Gipfeln anstatt gezielt vor Ort zu handeln. Während Kanzlerin Merkel mehr Zuwanderung fordert, widerspricht Innenminister Friedrich umgekehrt. Klar ist: Deutschland ist in Zeiten des Fachkräftemangels auf Zuwanderung und gelungene Integration angewiesen. In ihrem Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – Eine moderne Integrationspolitik für mehr Chancengleichheit“ macht die SPD-Bundestagsfraktion Vorschläge für eine moderne Integrationspolitik. Grundvoraussetzung dafür sei ein Bildungssystem, das Chancengleichheit für alle ermöglicht. Ein flächendeckender Ausbau des Ganztagsangebots biete die größten Chancen, die bildungspolitischen Ziele zu erreichen, heißt es in dem Antrag.

Optionspflicht abschaffen!

Daneben fordern die Sozialdemokraten, die Optionspflicht bei der Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Derzeit müssen sich Kinder von Eltern mit ausländischer Staatsbürgerschaft bei Volljährigkeit entscheiden: entweder sie nehmen die deutsche Staatsbürgerschaft oder die ihrer Eltern an. Mit der Optionspflicht drohe man hier geborenen, hier aufgewachsenen und hier ausgebildeten jungen Frauen und Männern damit, sie wieder zu Ausländern zu machen, wenn sie sich nicht von der Herkunft ihrer Familien abwenden, erklärt die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz. „Statt den vielen jugendlichen Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte ein Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln, hält Schwarz-Gelb an der unsinnigen Optionspflicht fest.“ Die ewige Spaltung zwischen „uns“ und „denen“ müsse ein Ende haben, fordert Özoğuz. Für die SPD-Fraktion steht fest: Alle Menschen, gleich welcher Herkunft, müssen in unserem Land gleichberechtigt leben. Wir müssen die Begrifflichkeiten und Kategorien wie Migranten und Integration auf Dauer überwinden. ■

Gute Arbeit braucht eine bessere Regierung

Auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion herrschte Einigkeit: Wir brauchen einen politischen Wechsel.

Vier Jahre Schwarz-Gelb waren vier verlorene Jahre für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das war der Tenor bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Mehr als 200 Betriebsräte aus ganz Deutschland waren nach Berlin gekommen, um sich mit Frank-Walter Steinmeier, Klaus Wiesebergel und anderen Politikern und Experten über eine zukunftsfähige Politik für gute Arbeit auszutauschen. Neben den Fragen nach mehr Lohngerechtigkeit und verlässlichen Arbeitsbedingungen ging es auch um die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Beschäftigtendatenschutz und die Frage, wie die Mitbestimmungsrechte einer modernen Arbeitswelt angepasst werden müssen. Klaus Wiesebergel, Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, forderte Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf, zusammenzuhalten. Nach einem Regierungswechsel müsse umgehend ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn auf den Weg gebracht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion



Volles Haus: Frank-Walter Steinmeier begrüßt 200 Betriebsräte aus ganz Deutschland im Fraktionssaal der Sozialdemokraten.

will gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebsräten dafür sorgen, dass die Arbeitswelt wieder menschlicher wird. Dafür sind Politik wie Gewerkschaften gleichermaßen gefragt: Die Politik muss den gesetzlichen Rahmen schaffen. Gewerkschaften und Betriebsräte müssen durch Tarifverträge

oder Betriebsvereinbarungen für humane Arbeitsplätze sorgen. In zahlreichen Wortbeiträgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde deutlich, dass ein politischer Wechsel notwendig ist, um bessere Rahmenbedingungen für gute Arbeit zu schaffen. ■

Mehr Sozialdemokratie wagen!

Für viele Jugendliche und junge Erwachsene ist ein Europa ohne Grenzen eine Selbstverständlichkeit.

Sie reisen, nutzen die Chance von Austauschprogrammen, studieren eine Weile in anderen europäischen Städten oder sammeln dort berufliche Erfahrungen. Doch gerade diese Generation ist es, die unter der europäischen Finanzkrise besonders zu leiden hat. Auf dem Sozialgipfel der SPD-Bundestagsfraktion ging es deshalb vor allem um das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa – und damit um die Zukunft des Kontinents. Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Botschaften und vor allem viele junge Leute kamen dafür in den SPD-Fraktionssaal im Berliner Reichstagsgebäude. Frank-Walter Steinmeier zeigte sich besorgt, „weil sich angesichts der Krise nationales Denken wieder verstärkt.“ Er forderte einen europäischen Rettungsschirm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das Geld dafür ließe sich mit der Finanztransaktionssteuer einnehmen.



Gemeinsam für ein soziales Europa: Fraktionsvize Axel Schäfer, Frank-Walter Steinmeier und Laura Garavini, Mitglied des italienischen Parlaments (v. li.).

Die falsche Analyse, dass die Krise in Europas Süden eine Staatsschuldenkrise sei, habe zur falschen Therapie durch radikale Spardiktate geführt, sagte der SPD-Fraktionschef. Dadurch seien Länder wie Griechenland noch tiefer in die Krise geraten.

Laura Garavini (PD), Mitglied des italienischen Parlaments, wünschte sich mehr Sozialdemokratie für die Europa-politik. Denn vor allem die konservativ-wirtschaftsliberale Regierung in Europa hätten die derzeitige Situation mit ihrer Sparpolitik zu verantworten. ■

Gehaltsgrenzen für Manager!

Heute erhält der Vorstand eines Dax-Unternehmens durchschnittlich mehr als das 70-fache eines normal verdienenden Arbeitnehmers.

Die Vorstandsvergütung großer Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von der allgemeinen Lohnentwicklung vollständig abgekoppelt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung deshalb in einem Antrag aufgefordert, sicherzustellen, dass die Managergehälter in Zukunft angemessen und transparent sind.

„Wir wollen die Höhe der Gehälter nicht vorschreiben“, erklärt der parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sollen im Aufsichtsrat eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen beschließen. Börsennotierte Unternehmen müssen die beschlossenen Maßstäbe veröffentlichen. ■

Meldungen

Qualifizieren und begeistern!

Rund die Hälfte aller Auszubildenden im Gastgewerbe beendet ihre Ausbildung vorzeitig ohne Abschluss. Die SPD-Fraktion will deshalb die Qualität der Ausbildung in gastgewerblichen Berufen verbessern. Die Sozialdemokraten fordern ein neues Gesetz, um die Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes wirksamer durchzusetzen, Missstände aufzudecken und Fehlverhalten zu bestrafen. Bund und Länder sollen mit den Industrie- und Handelskammern, dem Hotel- und Gaststättenverband sowie mit den Gewerkschaften neue Regelungen ausarbeiten. Es geht darum, die Bedingungen der Ausbildung zu verbessern, Ausbildungsinhalte zu modernisieren und für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Für die SPD-Fraktion steht fest: Junge Menschen müssen für eine Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe begeistert werden. Sie müssen qualifiziert werden und im späteren Berufsleben eine gute Perspektive geboten bekommen. ■

Gute Arbeit für die Jugend

Mit der EU-weit beschlossenen Jugendgarantie sollen Jugendliche innerhalb von vier Monaten in eine Arbeitsstelle, Weiterbildungsmaßnahme oder in einen Ausbildungs- beziehungsweise Praktikumsplatz vermittelt werden. Auch in Deutschland hängen derzeit 260.000 Jugendliche im Übergangsbereich zwischen Schule und Ausbildung fest, obwohl die meisten von ihnen durch ihren Schulabschluss sofort eine Ausbildung starten könnten. Die Bundesregierung sieht jedoch „keinen Anlass, zusätzliche Maßnahmen zur Erfüllung der Jugendgarantie in Deutschland zu initiieren“. Die Regierung verkenne die Notwendigkeit, die Jugendausbildungs- und -arbeitslosigkeit auch in Deutschland weiter zu senken, sagt der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion Josip Juratovic. „Wir brauchen Initiativen für gute Arbeitsverhältnisse mit fairer Bezahlung, insbesondere für Jugendliche.“ ■

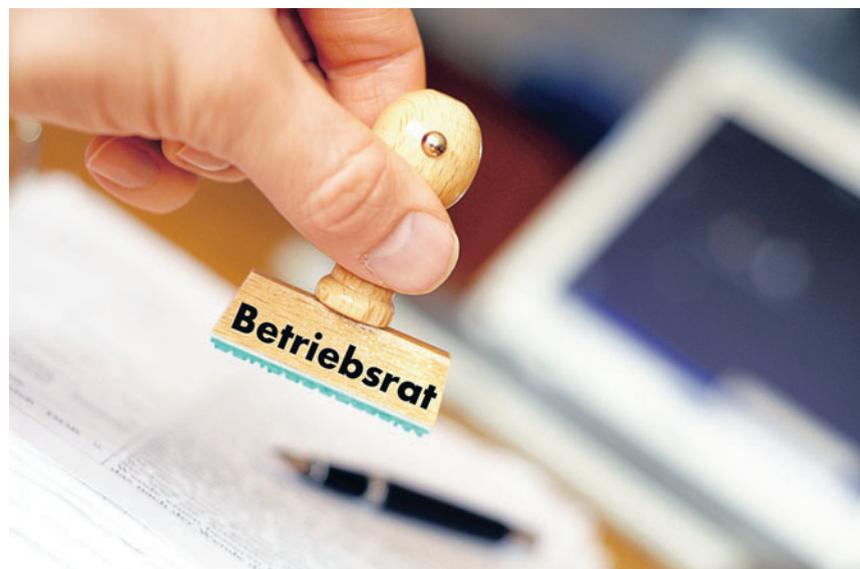
Moderne Mitbestimmung: mehr Rechte für Betriebsräte

Die SPD-Bundestagsfraktion macht die betriebliche Mitbestimmung fit für das 21. Jahrhundert.

Das Betriebsverfassungsgesetz soll Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen und einen möglichen Machtmissbrauch durch die Arbeitgeber verhindern. Die betriebliche Mitbestimmung ermöglicht Verhandlungen auf Augenhöhe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Allerdings unterliegt die Arbeitswelt einem ständigen Wandel: Unternehmen missbrauchen Leiharbeit, um ganze Stammbeschäftigten zu ersetzen. Mit Werkverträgen werden arbeitsrechtliche Bestimmungen umgangen. Die Anzahl befristeter Arbeitsverträge steigt. Das alles untergräbt die Grundlagen der Mitbestimmung.

Bei Leiharbeit mitbestimmen

„Die Arbeitswelt hat sich verändert, die Mitbestimmungsrechte hinken dieser Entwicklung aber hinterher“, sagt die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme. Sie fordert mehr Handwerkszeug für Betriebsräte, die Mitbestimmung dürfe nicht zum zahnlosen Tiger werden. Der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis sieht es ähnlich: Die bisherigen Instrumente der Mitgestaltung reichten nicht aus, um die Leiharbeit auf ein angemessenes Maß zu be-



Mitbestimmung darf kein zahnloser Tiger werden: Die Betriebsräte brauchen mehr Handwerkszeug, um auf die veränderte Arbeitswelt reagieren zu können.

grenzen und die befristeten Einstellungen zurückzudrängen. Die SPD-Fraktion will die betriebliche Mitbestimmung deshalb fit machen für das 21. Jahrhundert. In einem Antrag haben die Sozialdemokraten Vorschläge für einen entsprechenden Gesetzentwurf gemacht. Vor allem bei den Themen Leiharbeit und Werkverträgen will die SPD-Fraktion die Betriebsräte mit mehr Rechten ausstatten. Die Unterrichts- und Informationspflicht des Arbeitgebers über die Personalpla-

nung soll künftig auch für Fremdpersonal gelten. Mitbestimmen sollen die Betriebsräte künftig bei der Zahl der Leiharbeitnehmer, der Dauer ihrer jeweiligen Überlassung und ihrer jeweiligen Einsatzbereiche.

Auch der DGB begrüßt den Antrag. Die SPD-Bundestagsfraktion setze wichtige Impulse für die längst überfällige Diskussion zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes, sagt Dietmar Hexel aus dem DGB-Bundesvorstand. ■

Ohne Ausbildung ist alles nichts

1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren haben keinen Berufsabschluss.

Dabei ist eine abgeschlossene Berufsausbildung heute wichtiger denn je, um gute Arbeit zu finden. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass diese jungen Menschen eine zweite Chance bekommen. Mit einem Maßnahmenkatalog für ein Sofortprogramm haben die Sozialdemokraten jetzt konkrete Vorschläge gemacht.

Jugendliche und junge Erwachsene sollen demnach eine Garantie auf eine Berufsausbildung bekommen. Wer keinen Ausbildungsplatz findet, erhält eine öffentlich geförderte Ausbildung. Fördermaßnahmen für Jugendliche, die sich als wirkungsvolle Instrumente bewährt haben, sollen auch für junge Erwachsene bis 35 Jahre zugänglich gemacht werden. Dazu gehören vor allem

die Berufseinstiegsbegleitung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sowie ausbildungsbegleitende Hilfen. Ein finanzieller Anreiz soll junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss motivieren, eine Ausbildung anzufangen. Dafür erhalten sie monatlich 150 Euro zusätzlich zum Arbeitslosengeld I bzw. Arbeitslosengeld II. Nach bestandener Zwischen- bzw. Abschlussprüfung gibt es eine zusätzliche Prämie.

Um eine Ausbildung auch berufs begleitend oder neben der Erziehung von Kindern absolvieren zu können, will die SPD-Fraktion mehr Teilzeitausbildungsplätze fördern. Alleinerziehende sollen beim Nachholen eines Schul- bzw. Berufsabschlusses einen Rechtsanspruch auf einen sofortigen Kinderbetreuungsplatz bekommen. ■

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Der Bundesrat hat auf Initiative der SPD-geführten Länder einen Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der öffentlich-geförderten Beschäftigung beschlossen.

Der Entwurf sieht vor, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, indem bislang passive Mittel für die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen aktiviert werden. „Dies ist ein klares Bekenntnis zu einem echten sozialen Arbeitsmarkt, den Schwarz-Gelb unter der Verantwortung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen stets abgelehnt hat“, sagt die stellvertretende Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast. Sie macht klar: „Menschen, die ganz am Rand stehen, brauchen eine echte Chance auf Beschäftigung.“ ■

Vorgestellt



Brigitte Zypries

Man kennt Brigitte Zypries (59) als Staatssekretärin und Ministerin. Da überrascht es fast, dass sie erst seit 2005 Mitglied des Bundestages ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sie 2009 zur Justiziarin gewählt. In dieser Funktion vertritt sie die Fraktion nach außen bei Prozessen und berät einzelne Mitglieder bei Streitigkeiten aus dem Mandat. Zudem ist Brigitte Zypries Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien. Von 2002 bis 2009 war die Juristin Bundesministerin der Justiz. Peer Steinbrück hat sie kürzlich in sein Kompetenzteam für die Bundestagswahl 2013 berufen. Hier ist sie zuständig für das Thema Verbraucherpolitik. ■



Martin Burkert

Das Thema Bahn wurde ihm in die Wiege gelegt. Schon der Vater von Martin Burkert (48) war bei der Bahn, auch er selbst ist mit Leib und Seele Eisenbahner. Kein Wunder also, dass Martin Burkert seit 2006 auch Bahnbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion ist. „Ich bin überzeugt davon, dass die Schiene der Verkehrsträger der Zukunft ist“, sagt er. Als Bahnbeauftragter und Mitglied des Verkehrsausschusses setzt er sich deshalb für mehr Verkehr auf der Schiene ein. Das müsse natürlich mit Kundenfreundlichkeit und guten Arbeitsbedingungen bei den Bahnbetreibern einhergehen. ■

Märkte beobachten, Verbraucher schützen!

Die SPD-Fraktion fordert ein Frühwarnsystem für Verbraucherprobleme.

// Marktwächter sollen die Märkte beobachten und Verbraucherinnen und Verbraucher vor Fehlentwicklungen warnen. //

Ob Finanzprodukte, Telefonverträge, Strom- und Heizkosten oder Lebensmittel – Verbraucherinnen und Verbraucher haben es immer schwerer, sich auf den Märkten mit ihrer Angebotsvielfalt zurechtzufinden. Die vielen Verbraucherskandale der letzten Jahre um undurchsichtige Finanzprodukte oder falsch deklarierte Lebensmittel verunsichern die Menschen zusätzlich. Laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) vermuten zwei Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher, dass es im Finanzbereich und bei Lebensmitteln Produkte und Anbieter gibt, die Konsumenten täuschen und schädigen können. „Das Vertrauensdefizit ist groß“, sagt Gerd Billen, Vorstand des vzbv. Er fordert Staat und Wirtschaft auf, gegenzusteuern. „Sie müssen Verbraucherinteressen ernst nehmen und für mehr Klarheit im Markt sorgen.“

Denn Anbieter- und Verbraucherseite befinden sich nicht mehr auf Augenhöhe. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag die Einführung von so genannten Marktwächtern, um die Rechte und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken.

Verbraucherzentralen als Wächter

Dafür will die SPD-Fraktion die Verbraucherzentralen entsprechend ausbauen. Als Marktwächter sollen sie den Markt beobachten, Verbraucherinnen und Verbraucher beraten, das verbrauchergerechte Verhalten von Unternehmen bewerten, Hinweise bearbeiten und an Aufsichtsbehörden weitergeben. Zunächst soll es Marktwächter für die Bereiche Finanzmarkt, Energie, Gesundheit, Digitale Welt/Telekommunikation und Lebensmittel geben.

„Die Marktwächter übernehmen damit vor allem eine Funktion als Sensor und Frühwarnsystem für kollektiv auftretende Verbraucherprobleme“, erklärt Brigitte Zypries. Das Konzept verzahne die zivilgesellschaftliche Verantwort-



Auch bei Lebensmitteln verlieren Verbraucherinnen und Verbraucher heute schnell den Überblick. Marktwächter sollen hier für mehr Orientierung sorgen.

ung neu mit der staatlichen „Kontrolle“ und tariere das Verhältnis von Markt, Staat und Zivilgesellschaft auf eine neue Weise aus.

Finanzmarktwächter

Besonders dringend ist die Einführung von Marktwächtern in Bezug auf die Finanzmärkte. Denn hier schaden Missstände den Verbraucherinnen und Verbrauchern besonders. Diese schmerzhaft Erfahrung mussten viele von ihnen im Zuge der Finanzmarktkrise machen. Ihr Vertrauen in die Seriosität des Finanzmarktes und seiner Akteure ist seitdem stark beschädigt. „Gerade bei Finanzen sind Verbraucher auf die Empfehlungen eines fachkundigen Beraters angewiesen. Sie können nicht jedes Angebot intensiv prüfen und müssen sich darauf verlassen können, dass die Marktaufsicht funktioniert“, sagt Gerd Billen.

Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst wünschen sich mehr Kontrolle und sind bereit, auf Auswahl zu verzichten. Im Finanzbereich etwa sagen zwei von drei Verbrauchern,

dass sie lieber weniger Produkte miteinander vergleichen und sich an Empfehlungen und Warnungen von unabhängigen Institutionen orientieren wollen. 92 Prozent der Befragten wünschen sich zudem mehr Marktkontrollen durch unabhängige Institutionen. ■

Termine

24.06. Demografischer Wandel, Berlin

27.06. Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt, Berlin

01.07. Die Zukunft des Gesundheitssystems, Mülheim an der Ruhr

01.07. Psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch – Was muss die Politik tun? Weiden

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 12. Juni 2013

Herstellung: NWMD GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Texte und Layout: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800